

# Die Bauergewerkschaft

## Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr  
Nr. 10 + 34. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/4 Berlin, 11. März 1933

### Der Arbeiter als Gemeindeglieder

Ohne zwingende Notwendigkeit sind die preussischen Gemeindeparlamente aufgelöst worden. Sonntag, den 12. März, finden die Neuwahlen statt. Es bedarf keiner Frage, daß es für jeden einzelnen notwendig ist, sich über die Gestaltung der Gemeindepolitik in Zukunft ernste Gedanken zu machen.

Es ist das bleibende Verdienst des Freiherrn vom Stein, den Gemeinden ein starkes Selbstverwaltungsrecht gegeben zu haben. Der Freiherr vom Stein lebte in einer Zeit, in der der Mitbestimmungswille des Volkes an seinen Geschicken erstmalig nach den standesgeordneten Verhältnissen des Mittelalters stärker in Erscheinung trat. Er war sich darüber klar, daß dieser geistigen Entwicklung des Volkes Rechnung getragen werden mußte. Daraus entstand dann aber die Notwendigkeit, das Volk nach den langen Zeiten des Absolutismus wieder in lebendige Verbindung mit den politischen Geschicken der Nation zu bringen. Und da war es zweifellos eine außerordentliche politische Leistung, das politische Selbstbestimmungsrecht des Volkes von den Gemeinden her aufzubauen. Vor allem in den kleineren und mittleren Gemeinden überschaut jeder einzelne verhältnismäßig leicht die ganzen Verhältnisse und fühlt sich schon darum verantwortlich, weil die Maßnahmen der Gemeinde stark für den einzelnen fühlbar werden. In den Gemeinden sollte sich nach der Meinung des Freiherrn vom Stein das politische Selbstverantwortungsbewußtsein des einzelnen bilden und ihn fähig machen, auch in größeren Zusammenhängen zu denken und mitbestimmend tätig zu sein.

Seit dieser Zeit sind mehr als 100 Jahre vergangen. Das politische Mitbestimmungsrecht des Volkes ist auf der ganzen Linie erkämpft. Trotzdem bleibt das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden aber darum immer von großer Wichtigkeit, weil auch nach Herausbildung eines allgemeinen staatspolitischen Verantwortungsbewußtseins die verantwortliche Mitarbeit in den Gemeindeparlamenten immer wieder die Schule für die Bildung des gesamtstaatsbürgerlichen Bewußtseins des einzelnen bleibt. Gerade in Zeiten wie der heutigen, wo die Tendenz besteht, das Mitbestimmungsrecht des Volkes in Reichs- und Landparlamenten zurückzudrängen, sind die Gemeinden der Ort, an dem der Selbstverantwortungswille lebendig gehalten werden muß, wenn wir nicht auf die Dauer ganz und gar wieder im Absolutismus landen wollen.

Aber auch abgesehen von dieser, heute allerdings mehr denn je wichtigen allgemeinpolitischen Bedeutung der Gemeindegewahlen, sollte uns schon die Bedeutung des Kommunalgeschehens für das Schicksal des einzelnen veranlassen, stärkstens dafür Sorge zu tragen, daß die richtigen Vertreter in die Gemeindeparlamente hineinkommen. Gewiß wird in den Gemeindeparlamenten nicht über Arbeitsrecht, Tarifpolitik, Sozialversicherung entschieden, aber aus der Fülle der Aufgaben, die die Gemeinden haben, springen doch eine Reihe heraus, die gerade für die Arbeiterschaft von erheblichem Interesse sind. Wir greifen nur einige heraus. Die Gemeinden sind verantwortlich für die Gestaltung der Verkehrsverhältnisse, für gute Kanalisation, für Anlage und Instandhaltung von Wasserleitungen, sie haben auch vielfach die Sorge für Gas oder elektrisches Licht übernommen. Abgesehen davon, daß wir auch schon allgemein gesehen an guten Verkehrseinrichtungen, guten Kanalisationsanlagen, Wasserleitungen und guten Lichtverhältnissen interessiert sind, so können wir gerade bei der augenblicklichen Arbeitslosigkeit als Arbeiter nur wünschen, daß notwendige Arbeiten auf diesen Gebieten in der Zukunft durchgeführt werden. Das gleiche gilt für das Schulwesen. Die Gemeinden haben bekanntlich für gute Schulräumlichkeiten Sorge zu tragen, und zum Teil auch die Kosten dafür aufzubringen. Besonders in den ländlichen Gebieten liegt hier vieles im argen. Es wäre an der Zeit, daß seitens der Gemeinden eine stärkere Initiative zwecks Neubau von Schulen entfaltet würde.

Zur Behebung des wieder stärker in Erscheinung tretenden Wohnungselends, zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und auch nicht zum wenigsten zur Entlastung des Wohlfahrtsrats der Gemeinden besteht als eine der wichtigsten Aufgaben die Wiederbelebung der Wohnungsbautätigkeit. Der Wohnungsbau scheitert heute weniger denn je daran, daß die eigentlichen Baukosten zu hoch liegen, sondern vielmehr an den hohen Zinskosten und den hohen Nebenkosten. Eine weitsehende Gemeindepolitik wird für billiges Baugelände Sorge tragen müssen, und soweit es in ihren Kräften liegt, auch für Beschaffung billiger Baugelder.

Eine Aufgabe der Gemeinden, die gerade heute eine außerordentliche Bedeutung hat, ist die Wohlfahrtspflege. Darunter fällt sowohl die allgemeine Armenfürsorge, wie auch besonders heute die Betreuung der aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge ausgesteuerten Arbeitslosen. Die Maßnahmen der früheren Regierung haben die Gemeinden dann auch noch die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit für die Arbeitslosenunterstützungsempfänger nach Ablauf von sechs Wochen und für die Krisenunterstützungsempfänger auferlegt. Das Ergebnis der Hilfsbedürftigkeitsprüfung hängt in ganz außerordentlich starkem Maße von dem sozialen Verständnis der Gemeindeinstanzen ab. Im Rahmen der allgemeinen Wohlfahrtspflege haben die Gemeinden auch die Kriegsbesoldigtenfürsorge durchzuführen, auch dafür gilt das oben Gesagte.

Soweit die für die Durchführung der Gemeindeaufgaben nötigen Mittel nicht durch Ueberweisung aus Staatsmitteln gedeckt werden, haben die Gemeinden selbst für die Mittelbeschaffung Sorge zu tragen, sei es durch Erhebung von Gewerbesteuern, durch Zuschläge zur Grundsteuer, Bergnützungsteuer oder durch die berücksichtigte Bürgersteuer. Gerade bei der Gestaltung der letzteren wird es von Wichtigkeit sein, ihr ein soziales Gesicht zu geben, dadurch, daß von der Ermäßigungs- oder Niederschlagsmöglichkeit für die not-

leidenden Schichten weitgehendst Gebrauch gemacht wird. Manche Gemeinden sind in der glücklichen Lage, aus eigenem Besitz (Wasser- und Elektrizitätswerke, Wäldungen oder sonstiger Grundbesitz) einen Teil ihrer Ausgaben zu bestreiten. Es ist Sorge dafür zu tragen, daß diese Möglichkeiten heute voll ausgenutzt werden, um eine erhöhte steuerliche Belastung zu vermeiden. Eine Erhöhung des Gas- und Strompreises ist allerdings kein geeignetes Mittel, sie würde lediglich eine Lastenverschiebung, wenn nicht gar eine erhöhte Belastung bedeuten. Im Zusammenhang damit mag auch darauf verwiesen werden, daß man sich vor allem bei den ländlichen Gemeinden die Möglichkeiten überlegen soll, inwiefern der Gemeindebesitz unmittelbar für die Arbeitslosen fruchtbar gemacht werden kann. Gemeindeförster könnten zu Rodung als zusätzliches Ackerland an Arbeitslose abgegeben werden. Gemeindegütungen, an denen die Arbeiter meistens keinen Anteil haben, als Pachtland vergeben werden usw.

Schließlich sei noch daran erinnert, daß die kleinen und mittleren Gemeinden selbst die Polizeigewalt ausüben. Es bedarf wohl nur dieses Hinweises, damit jeder sich darüber klar wird, wie wichtig es heute ist, in welcher Weise die Polizeigewalt ausgeübt wird.

In welcher Weise wir bei der Wahl der Gemeindeparlamente unseren Einfluß als Arbeiter geltend machen können, kann nur nach den örtlichen Verhältnissen entschieden werden. In den größeren Gemeinden werden die Parlamente sich ähnlich wie bei den Reichs- und Länderparlamenten auf politischen Parteien aufbauen. Dort wird es notwendig sein, innerhalb der uns nahestehenden Parteien dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeiterschaft durch besondere Vertreter berücksichtigt wird. In den Landgemeindep arlamenten, die meistens keine parteipolitische Vertretung aufweisen, sollte man möglichst Arbeitervertreter durchzubringen versuchen, oder wenigstens Leute, deren soziale Zuverlässigkeit außer jedem Zweifel steht. Wir können im allgemeinen uns nicht denken, daß etwa Großbauern die geeigneten Vertreter für die Arbeiterschaft wären. Jeder standesbewußte Arbeiter wird am Wahltag seine Pflicht tun und dafür Sorge tragen, daß überall Leute unseres Denkens und unseres Blutes in die Gemeindeparlamente hineinkommen!

### Reichstarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten

Wir haben schon in Nr. 9 der „Baugewerkschaft“ die Situation, die den Reichstarifverhandlungen für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten zugrunde lag, gekennzeichnet. In einer Zeit, wo im Jahresdurchschnitt mehr als 85 Prozent der Berufsangehörigen der Arbeitslosigkeit überantwortet sind, in einer Zeit, wo durch politische Vorkommnisse das Rechtsbewußtsein auf der Arbeitgeberseite stark gelitten hat, sind Verhandlungen zur Neuerschaffung von Rechtsgrundlagen für den Arbeitsvertrag nicht leicht. Der Konkurrenzstempel der Arbeitgeber untereinander versucht sich immer wieder auf dem Rücken der Arbeitnehmer. An sich gedrückte Löhne, andere bestimmt nicht übersehene soziale Bedingungen werden dann in der Öffentlichkeit hingestellt, als wenn durch sie das Bauen unnütz verteuert würde. Daß diese Behauptungen leider ihre bestimmte Wirkung gehabt haben, müssen heute die Unternehmer selbst erkennen. Die Zweckerdächtigung hat auch ihre eigenen Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten beeinträchtigt. Trotz der in der Wirtschaftskrise liegenden Hemmungen haben die Gewerkschaften den Reichstarifvertrag und die Bezirkstarife in den meisten Lohngebieten durchgesetzt. Durch Klagen und ebensolche Einzelverhandlungen sind organisierte wie unorganisierte Unternehmer zur Tarifnachehaltung angehalten worden. Dadurch sind für unser Berufs-kollegen ihre Arbeitsrechte gewahrt worden, andererseits aber auch den tarifstreuen Arbeitgebern eine schmutzige Konkurrenz vom Halbe gehalten. Bei Aufzählung der tariferschwerenden Momente kann auch die Lohnunterbietung einzelner Berufskollegen, wenngleich sie aus der Not heraus entschuldbar ist als der Lohnruhr durch

die Unternehmer, nicht verschwiegen werden. Im Rahmen des Ganzen gesehen, war die Lohnunterbietung eine Bagatelle, die den Tarifgedanken und seine Durchführung nicht beeinträchtigen konnte. Aus Zweckabsichten heraus haben die Unternehmerverbände hier stark aufgetragen. Die aufgezählten Tatsachen und noch einige andere haben naturgemäß die Verhandlungen beeinträchtigt. Mit nicht weniger als 27 Anträgen rückten die Unternehmer heran, von deren Erfüllung eine bessere Lage der Bauwirtschaft verkündet wurde. In Wirklichkeit ging es um nichts anderes, als dem ohnehin schon getupften Huhn noch die letzten Federn auszusziehen. Unsere Erfahrungen in der abgelaufenen Tarifperiode mit rechtlichen Unstimmigkeiten und sachlichen Mängeln veranlaßten uns, eine Anzahl von Verbesserungsanträgen zu stellen bzw. Klarstellungen zu fordern. Dabei beschränkten wir uns in Rücksicht auf die Zeitverhältnisse auf das aller-notwendigste. Ueber den Verhandlungsgang ist berichtet worden. Nunmehr können wir die wesentlichen Wenderungen kurz erläutern. Der Gesamttext des Reichstarifvertrages wird, wenn seine Annahme erfolgt, dann bald zur Kenntnis der Allgemeinheit gebracht.

Bei zusammenhängenden Bauwerken, die sich über den Bereich mehrerer Lohngebiete erstrecken, soll es künftig nicht mehr in das Belieben der bezirklichen Organisationen gestellt sein, ob sie verhandeln wollen, sondern durch eine neue Fassung soll eine moralische Pflicht geschaffen werden, vor Beginn der Arbeiten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse klarzustellen. Der berufliche Geltungsbereich des Reichstarifvertrages soll durch bezirkliche Vereinbarung auch auf Abbruch-

# Das Ergebnis der Reichstagswahl

Die wirtschaftliche Not der letzten Jahre ist letztlich die Ursache für die ungeheure politische Unruhe, die heute wie ein Fieber das Volk durchjagt, und deren deutlicher Ausdruck die gehäuftesten politischen Wahlen der letzten Zeit ist. Das Volk ist innerlich unsicher geworden und, wie häufig in solchen Zeiten, strömt es dahin, wo ihm die größten Versprechungen gemacht werden, ohne zunächst danach zu fragen, ob die Versprechungen verwirklicht werden können. Man kommt nicht an der Tatsache vorbei, daß die sozialistischen Parteien zum großen Teil schuld an dieser Entwicklung sind. Sie sind es gewesen, die den Gedanken eines baldigen goldenen Zeitalters in die breiten Massen hineingetragen haben. Diese haben daran geglaubt wie an ein Evangelium und sind nun enttäuscht, daß die Wirklichkeit so sehr viel anders aussieht.

Die Enttäuschten, Verzweifelten und Verärgerten haben sich, trotzdem jeder Einsichtige zu der Ueberzeugung hätte kommen müssen, daß eine Aenderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse mit Aussicht auf dauernden Erfolg nur langsam und organisch wachsen kann, einer neuen Heilsbotschaft anvertraut. Die

sozialistischen Parteien (Sozialdemokraten, Kommunisten) haben gegenüber der letzten Reichstagswahl mehr als eine Million Stimmen verloren, die Nationalsozialisten haben diesen Verlust und das Heer der bisherigen Nichtwähler an sich zu reißen vermocht. Dagegen hat die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot offensichtlich keine Zugkraft ausgeübt.

Man wird sich fragen, welche tiefere Bedeutung das Ergebnis der Wahlen, gerade unter Berücksichtigung der letzten Tatsachen, hat. Es bedarf keiner Frage, daß über die Hoffnung auf Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinaus die Hoffnung auf eine soziale und wirtschaftliche Neugestaltung den Nationalsozialisten die Massen angetrieben hat. Wenn diese Wählerkreise in ihrer Hoffnung enttäuscht werden, droht die Gefahr, daß die abermals enttäuschten Massen Wirtschaft und Staat in das Chaos hineinreißen. Gefahrenmomente sind bei der augenblicklichen Regierungskonstellation ganz zweifellos vorhanden. Man wird gespannt darauf sein können, wie die Nationalsozialisten dieser Schwierigkeiten Herr werden.

Es ist in der letzten Zeit viel davon gemunkelt worden, daß die bisherige Verfassung dem Volkswillen nicht entspreche. Zugegeben, daß sich in dem augenblicklichen Verfassungswerk manche Schwächen befinden, sollte man es sich sehr wohl überlegen, eine Verfassung zu beschließen, die von der Arbeiterschaft als Schutz ihres Eigenrechts empfunden wird. Auf rechtlichem Wege ist die Verfassung kaum zu befeitigen, es wird Aufgabe des Reichspräsidenten sein, dafür zu sorgen, daß die Rechtsbasis nicht verlassen wird.

Im übrigen interessieren uns als wirtschaftliche Organisation der Arbeiterschaft die politischen Parteien so lange nicht, wie sie an den sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft nicht rütteln. Wenn die augenblickliche Regierung es mit der gleichberechtigten Eingliederung der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft ernst meint, wird sich die organisierte Arbeiterschaft der positiven Mitarbeit nicht verjagen.

Die Verteilung der Reichstagsmandate	Juli-reichstag	November-reichstag	März-reichstag
Nationalsozialisten	230	196	283
Sozialdemokraten	133	121	120
Kommunisten	89	100	81
Zentrum	75	70	73
Bayerische Volkspartei	22	20	19
Christlich-Sozialer Volksdienst	4	5	4
Deutschnationale	37	51	52
Deutsche Volkspartei	7	11	4
Staatspartei	4	2	5
Sonstige Parteien	7	9	1
Gesamtzahl der Mandate	608	584	617

arbeiten erstreckt werden können. Bei Entlassungen ist insofern eine Verbesserung erzielt worden, daß der Arbeitgeber die Ankündigung der Entlassung vor Arbeitsjahrsende machen muß, widrigenfalls sie erst zum Arbeitsjahrsende des nächsten Tages rechtswirksam wird. Dadurch soll Schikanen und Ueberreizheiten vorgebeugt werden. Die Frage der wöchentlichen Arbeitsdauer hat bei den Reichstagsverhandlungen eine große Rolle gespielt. Arbeitnehmerseite wurde immer wieder die Notwendigkeit der Arbeitsverteilung bei der heutigen Wirtschaftslage und in Anbetracht der gedrückten Löhne die weitere Notwendigkeit des Lohnausgleichs begründet. Auf Arbeitgeberseite hat man diese sozialen Momente zwar nicht abgelehnt, aber den Mut zu einer tariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen nicht aufgebracht. Die Einflüsse von Krisen im eigenen Lager, die auch bei 80prozentiger Arbeitslosigkeit noch von Arbeitszeiten träumen, wie sie um die Jahrhundertwende üblich waren, selbst die heute so gut wie überwundenen Sommer- und Winterarbeitszeiten traten in schattenhaften Umrissen auf den Plan. Auch die Besorgnis, von der Industrie als sozialer Vorreiter gebrandmarkt zu werden, war zwischen den Zeilen zu erkennen. Es bleibt bedauerlich, daß man sich heute mehr denn je schämt, als sozial fortgeschrittlich verächtigt zu werden. Der künftige Einleitungsatz der Arbeitszeitbestimmungen wird lauten: Die vertragsschließenden Organisationen verpflichten sich, sofort nach Inkrafttreten einer gesetzlichen Neuregelung der Arbeitszeit über ihre Durchführung im Baugewerbe in Verhandlungen einzutreten und die damit im Zusammenhang stehenden Bestimmungen des § 4 des RTB zu überprüfen. Außer Streichung des bisherigen ersten Satzes bleiben die anderen Bestimmungen dieses Paragraphen bestehen. Die langandauernden Arbeitgeberbestrebungen, die Zuschläge für Ueberstunden und Nachtarbeit ungenügender zu gestalten, konnten im Grundsatze abgewendet werden. Jedoch wird zur alten Ueberstundenbestimmung als neu folgende Fassung hinzukommen: Zuschlags-

pflichtig sind diese Stunden nur, wenn sie die Arbeitszeit überschreiten, wie sie für die Sommermonate 1932 bezirklich vereinbart oder während dieser Zeit überwiegend in Geltung war. Möglicherweise werden spitzfindige Arbeitgebervertreter an diese Fassung alle möglichen Streitigkeiten anknüpfen. Die Arbeitszeit ist in keinem Gebiet auf eine bestimmte Zahl von Wochenstunden vereinbart worden, sie ist auch in keinem anderen Gebiet in Geltung gewesen. Vereinbarungen und Ueblichkeiten haben sich samt und sonders auf die tägliche Arbeitszeit bezogen. In diesem Sinne werden die Ueberstundenstreitigkeiten zu beurteilen sein. In den letzten Jahren hat die Bestimmung des RTB, wonach Nichtfacharbeiter, die in den letzten drei Jahren vor der Einstellung nicht mindestens 4 Monate ununterbrochen im Baugewerbe tätig waren, um 10 Prozent im Lohn gekürzt werden konnten, zu unberechtigten Lohnjähren für vorher arbeitslose Berufsbauarbeiter geführt. Nunmehr ist festgestellt, daß diese Bestimmung nur auf solche Arbeiter angewendet werden kann, die keine Berufsarbeiter sind. Die klarstellende Fassung lautet: Für nachweislich hauptberufliche Arbeiter bedeutet Arbeitslosigkeit keine Unterbrechung. Die sogenannte Betonklausel im § 5 (Arbeitslohn) Ziffer 7 hat eine Veränderung dadurch erfahren, daß für die Arbeit beim Handmischen und beim Einstampfen bei Betonarbeiten im Tiefbau der seit herige Zuschlag entfällt. Der Zementfacharbeiter muß künftig neben den im alten RTB aufgezählten Arbeiten auch Zementputz und Estrich machen können. Eine Entschädigung bei Vorladung vor Gericht kommt nach dem neuen Reichstagsvertrag, sofern der Arbeiter nicht Beschuldigter, Angeklagter, Kläger oder Beklagter ist, nur dann in Frage, wenn ihm gesetzliche Gebühren nicht zustehen. Die Streitfragen hinsichtlich der Lohnzahlung sind klarer gestaltet. Eine der wichtigsten Arbeitgeberforderungen war die Streichung der Lehrlingsbestimmungen. Der weisheitsvolle Arbeitgeber, der zugleich Berufsverantwortung hat, weiß, daß bei unserer industrialisierten Bauwirtschaft Innungen und Handwerkskammern unmöglich allein für die Zahl und die Qualität des Berufsnachwuchses wirken können. Trotzdem sollte veralteten Anschauungen eine Verbengung gemacht werden. Nach harten Auseinandersetzungen ist es gelungen, die schon im Jahre 1931 eingeschränkten Bestimmungen zu erhalten; neu ist, daß Innungen und Handwerkskammern zur Teilnahme an den Verhandlungen über die Festsetzung der Lehrlingsentschädigung aufzufordern sind. Harte Auseinandersetzungen gingen auch um die Ferienbestimmungen. Trotzdem sie durch die Verhältnisse für den größten Teil der Berufsangehörigen zur Zeit leider eine fata Morgana sind, wollte man auch die Wurzel noch aus dem Tarifvertrag ausgraben. Es gelang, sie zu halten. In Kauf genommen mußte jedoch werden, daß der Beginn der Ferienerdienung (30 Wochen) auf den 1. Oktober d. J. festgesetzt ist, und daß die in den wenigen Fällen im nächsten Jahre anfallenden Ferien nur mit 75 Prozent des Tagesentgeltes bemerkt werden. Eine Reihe weiterer Bestimmungen sind mehr Klarstellungen für die

eigentlichen Vertragsparteien. Auch die seitherige Vereinbarung über Akkordarbeit bleibt bestehen. Die Geltungsdauer des Reichstagsvertrages ist auf den 2. März 1935 festgelegt. Um den nächstjährigen Lohn rechtzeitig festlegen zu können, sollen die Vertragsparteien im Dezember d. J. den Verhandlungsgang vereinbaren. Die Lohnfestsetzung soll bis zum 15. Februar nächsten Jahres erfolgt sein.

## Neue Richtlinien für die vorstädtische Kleinsiedlung

Die vorstädtische Kleinsiedlung ist zweifellos einem gesunden Gedanken entsprungen, nämlich die Städte wieder lebhafte zu machen, und sie kann von diesem Standpunkte aus nur begrüßt werden. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die bisherigen Ergebnisse in mancherlei Beziehung unbefriedigend sind. Die Siedlungshäuser sind doch vielfach gar zu primitiv geraten und genügen nicht den einfachsten Ansprüchen. Die Ausschaltung des Baugewerbes und der Bauarbeiter hat außerdem vielfach eine mangelhafte Ausführung zur Folge gehabt.

Man hätte meinen sollen, daß man aus den bisherigen Erfahrungen wenigstens das eine gelernt hätte, daß gute Baulichkeiten nur durch Fachkräfte erzielt werden können. Aber gerade hier bringen die neuen Richtlinien nichts Neues. Trotzdem im vergangenen Jahr seitens des Reichsarbeitsministeriums eine Nachprüfung der Frage zugesagt war, ob man nicht doch tariflich erlöbte Kräfte heranziehen sollte, bringen die neuen Richtlinien wiederum die Einschaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Es liegt ja auch wohl in der Tendenz des augenblicklichen Reichsarbeitsministers, den Siedlungsbau zu einer Domäne des freiwilligen Arbeitsdienstes zu machen. Man denkt offensichtlich nicht an die Not der jahrelang arbeitslos auf der Straße liegenden Bauarbeiter. Man sieht sich auch kurz über die Tatsache hinweg, daß erwiesenermaßen die Kosten der vorstädtischen Kleinsiedlung bei Durchführung in tariflich entlohnter Arbeit zum mindesten nicht wesentlich höher liegen als bei Durchführung im freiwilligen Arbeitsdienst, daß aber zweifellos die Qualität der Arbeit im ersteren Falle erheblich besser ist. Etwas erstaunlich finden wir es auch, daß der Herr Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, aus dessen Mitteln zum mindesten 40 Millionen RM. für die Kleinsiedlung stammen, keinen Einspruch erhoben hat. Unsere Erinnerung müßte uns doch sehr trügen, wenn nicht seinerzeit erklärt worden wäre, daß zur Durchführung von Maßnahmen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms nur tariflich entlohnte Kräfte herangezogen werden sollten.

Die neuen Vorschriften stellen im übrigen, mehr als dies bisher der Fall war, die wirtschaftliche Seite der Siedlung in den Vordergrund. Die Träger der Siedlung werden veranlaßt, besonderes Gewicht auf die Frage der Wirtschaftlichkeit des Siedlungsbetriebes und der Sicherung der Existenz des Siedlers zu legen. Die Ausflüchte für die Siedler dürften in mittleren und kleineren Städten besonders günstig sein; sie sollen deshalb in gesteigertem Maße Berücksichtigung finden. Um die Siedlungen wirtschaftlich zu gestalten, werden weitere Einsparungen bei den Kosten für die Errichtung der Stellen nahegelegt. Das Reichsdarlehen, das bisher höchstens 2500 Mark betrug, wird nunmehr für den Regelfall auf höchstens 2250 Mark festgesetzt. Nur ausnahmsweise soll das bisherige Höchstdarlehen von 2500 Mark zulässig sein.

Ein zusätzliches Reichsdarlehen bis 250 M. kann Familien mit vier minderjährigen Kindern und ein Darlehen bis 500 M. bei fünf und mehr Kindern gewährt werden. Die bisherigen Richtlinien sahen bei Familien mit fünf und mehr Kindern ein Darlehen bis zu 500 M. vor. Der bisherige Zuschuß von 120 M. für kinderreiche Familien fällt weg. Dagegen ist der Zinsnachschuß von jährlich 40 M. für drei Jahre bei Familien mit vier und mehr Kindern beibehalten.

Die neuen Vorschriften weisen weiter darauf hin, daß die richtige Auswahl des Siedlungsgeländes für den wirtschaftlichen Erfolg ausschlaggebend ist. Ebenso wird die Bedeutung der richtigen Auswahl der Siedlerfamilien betont. Die Träger werden angewiesen, der wirtschaftlichen Betreuung der Siedler besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Der Kreis der Siedler ist gegen bisher erweitert worden. Neben den Erwerbslosen sollen auch Kurzarbeiter, selbst wenn diese keine Unterstützung beziehen, angezogen werden können, neben den Kriegsbeschädigten auch andere Kriegsteilnehmer. Besonders gefährdet werden sollen Kurzarbeiter-Siedlungen wirtschaftlicher Betriebe, die durch Ueberleitung von Kurzarbeit auf Kurzarbeit oder durch Beibehaltung von Kurzarbeit es ermöglichen, daß neue Arbeitskräfte in dem Unternehmen eingestellt werden können. Die Förderung von Einzelsiedlern wird als besonders erwünscht bezeichnet, und ebenso die Ansetzung solcher Siedler, die über eigenes, wenn auch geringes Kapital verfügen.

Das Verfahren ist weiterhin vereinfacht worden. Die Durchführung liegt nunmehr im wesentlichen bei den Ländern und den Trägern der Siedlung. Der Reichsarbeitsminister hat sich lediglich vorbehalten, der Auswahl der Siedlungsvorhaben zuzustimmen und die Durchführung zu überwachen.

## Die Arbeitsvermittlung des Verbandes

Die Zeiten der Not führen naturgemäß dazu, daß die Arbeitsvermittlungszahlen unserer anerkannten Facharbeitsnachweise wesentlich geringer sind als in früheren Jahren. Jede einzelne Vermittlung wiegt aber in dieser Notzeit doppelt und dreifach. Nach den gemachten Meldungen konnten insgesamt 5892 Arbeitsstellen (im Vorjahre 8200) vermittelt werden. Manche Not ist auch hierdurch behoben worden. Wir wissen auch, daß durch unsere Arbeitsvermittlung manche Arbeitsstelle offen gemacht ist, die sonst dem freien Arbeitsmarkt nicht zugänglich geworden wäre. Auf Grund besonderer Bedingungen ist das Ergebnis in den einzelnen Verbandsbezirken verschieden. In sechs Verbandsbezirken hat sich die Zahl der Vermittlungen gegenüber dem Vorjahre verringert, in drei Bezirken ist sie ganz erheblich gestiegen, in einem Bezirk gleichgeblieben, ein Verbandsbezirk hat keine Vermittlungen gemeldet.

### Rundschau

#### Tagesallerlei

Von verbrecherischer Hand sind am 27. Februar im Reichstagsgebäude Brandherde gelegt, der Menarsaal ist vollständig ausgebrannt. Die seitherigen Feststellungen weisen auf umfangreiche kommunistische Terrorakte hin.

Der neugewählte Reichstag soll zu seiner ersten Sitzung in der Potsdamer Garnisonkirche, wo die Grabstätte des Preußenkönigs Friedrich II. (der Große) ist, zusammentreten.

Unter Bezugnahme auf von der Polizei gemeldete kommunistische Terrorverbrechen ist am 28. Februar eine Verordnung zum Schutze von Volk und Staat erlassen. Die Artikel 114 (Freiheit der Person), 115 (Wohnungssicherung), 117 (Brief- und Fernsprechgeheimnis), 118 (Meinungsfreiheit), 123 (Versammlungsrecht), 124 (Reinigungsrecht) und 153 (Eigentumsicherung) sind bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Alle Versammlungen bedürfen der polizeilichen Anmeldung.

Die Arbeitslosenzahl ist im Februar um 83 000 gestiegen.

#### Wachsender Wohnungsbedarf in Europa

Welche sozialen Gefahren der Stillstand des Wohnungsbaus in fast allen Ländern Europas, und insbesondere auch in Deutschland, heraufbeschwört, zeigt eine Berechnung, die im Märzheft der vom Internationalen Arbeitsamt herausgegebenen „Internationalen Rundschau der Arbeit“ angestellt worden ist. Aus der gegenwärtigen durchschnittlichen Lebensdauer und der Heiratsziffer ergibt sich, daß man mit je einer Neubauwohnung für je 2 oder 3 neu zuwachsende Personen rechnen muß. Bei einer jährlichen Bevölkerungszunahme von rund 3 Millionen in den europäischen Ländern ohne Rußland braucht Europa jährlich mehr als 1 Million neue Wohnungen. Die Errichtung dieser Wohnungen würde etwa 8 Milliarden erfordern und Hunderttausenden Beschäftigung geben. Dazu kommt der Erneuerungsbedarf. Für Frankreich allein wird die Zahl der abbruchreifen Wohnungen auf 500 000 geschätzt. In Deutschland kann man mit etwa derselben Zahl rechnen. In ganz Europa ist die Zahl der für Wohnungszwecke nicht mehr geeigneten Wohnungen auf 2 bis 3 Millionen zu veranschlagen. Der sozial notwendige Wohnungsbedarf vor allem für die minderbemittelten Bevölkerungskreise eröffnet der unentbehrlichen Arbeitsbeschaffung für die nächsten Jahre ein weites Feld.

#### Milderungen in der Sozialversicherung und Reichsversorgung

Eine Verordnung des Reichspräsidenten will Härten in der Sozialversicherung und Reichsversorgung mildern. Das finanzielle Ausmaß der Härtenmilderung beträgt für die Reichskasse etwa 27 bis 29 Millionen RM. Darunter entfallen auf die Milderung der Ruhensvorschriften in der Invalidenversicherung und Kriegsbeschädigtenfürsorge ungefähr 15 Millionen RM. Durch die Herabsetzung der Altersgrenze von 15 auf 16 Jahre für die Kinderzulagen und Waisenrenten entsteht ein Aufwand von 8 bis 10 Millionen RM. Die besonderen Unterstützungsmassnahmen zur Erhaltung der Eigenheime der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen erfordern etwa 1 bis 2 Millionen RM. Die Milderung der Zusatzrentenbestimmungen für Witwen bezüglich der Sorgspflicht für die Kinder beanspruchen etwa 1 bis 2 Millionen RM, während für die Unterstützung der studierenden Kriegswaisen in besonderen Härtefällen 150 bis 200 000 Reichsmark erforderlich sind.

### Aus dem Verbandsleben

Hagen (Verwaltungsstelle). In unserer Generalversammlung am 12. Februar erstattete Kollege Golücke den Jahresbericht. Im gesamten Verwaltungsstellengebiet war die Bautätigkeit mehr als trostlos. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit erfaßte fast 90 Prozent aller Mitglieder. Da es sich bei dem größten Teil um langfristige Erwerbslose handelt, hat ungeheure Not bei den Mitgliedern Einkehr gehalten. Wenn es trotzdem möglich war, die Mitgliederzahl stabil zu halten, dürfte dieses Moment als Beweis dafür gelten, daß ein gesunder gewerkschaftlicher Geist auch in der größten Notzeit erhalten blieb. Der Wohnungs- wie Industriebau, die Bautätigkeit der öffentlichen Hand lagen vollkommen brach. Der Bau von vorläufigen Kleinwohnungen ist nichts anderes als ein Experiment und kommt nur sehr wenigen zugute. Die Jugendbewegung konnte in abgelaufenen Berichtsjahr in der Mitgliederentwicklung wie auch durch systematische Schulung gute Fortschritte machen. Dabei spielt die Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes in der Jugendbewegung eine immer größere Rolle. Die Reichshilfsaktivität des Verbandes wird infolge der steigenden Not dauernd vielseitiger. In arbeitsrechtlichen Streitigkeiten waren die Vertretungen entsprechend der schlechten Bautätigkeit rückläufig, während in allen sozialrechtlichen Fragen die Rechtschutzaktivität stetig zunahm. Der Barerfolg betrug 1264 RM. Schriftsätze wurden 1335 angefertigt. Dem Kassen- und Jahresbericht wurde einstimmig zugestimmt. Kollege Golücke erstattete ferner eingehend Bericht über die Lohnfrage im Bauergewerbe. Besonders beleuchtete er diese Frage mit der im Augenblick beliebten Handhabung des Schlichtungswesens. Die Wiederwahl des Vorstandes erfolgte einstimmig. Derselbe wurde durch die Kollegen Becker und Uhlenbrock ergänzt. Mit einem warmen Appell an alle Teilnehmer zur regen Mitarbeit auch im kommenden Jahr schloß der 1. Vorsitzende, Kollege Fischer, die gut verlaufene Konferenz.

### Am 11. März 1933 ist der neunte Wochenbeitrag für das Jahr 1933 fällig.

Waisatz. Die Generalversammlung für unsere Verwaltungsstelle im südl. Teil des Kreises Leobsdorf am 12. Februar war von 28 Delegierten besucht. Kollege Kohian gab den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl konnte gehalten werden. Das ist für unser Abwanderungsgebiet ein besonderer Beweis des Vertrauens zum Verband. Beschlossen wurde, in den ländlichen Gemeinden zur Vertretung der Arbeiterbelange bei den Kommunalwahlen mit eigenen Listen vorzugehen. Die Unterstützungsfürzungen der Arbeitslosen im zweiten Halbjahr 1932 konnten zu einem großen Teil abgemildert oder ganz beseitigt werden. Ueber 10 000 RM. wurden bei Rechtsstreitigkeiten für die Kollegenchaft gerettet.

Bremen. Unsere Generalversammlung am 15. Februar widmete zunächst unserem verstorbenen Kollegen H. Bögershausen ein stilles Gedenken. Kollege Otto berichtete über die Weihnachtsfeier, die eine rege Mitarbeit der Kollegen und einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Den Jahresbericht erstattete Kollege Polmann, den Kassenbericht Kollege Gahmeier. Die Berichte fanden Anerkennung. Die Aussprache trug noch viel zur Klärung bei. Zu Vorsitzenden wurden die Kollegen Otto und Uhels, zum Kassierer Grobeger, zum Schriftführer Polmann gewählt. Im Schlußwort besprach der Vorsitzende die Wirkung der

gewerkschaftlichen Treue, die uns in diesem weiteren Nachjahr besellen muß.

Gläbbed. Unsere Ortsgruppe fand sich am 18. Februar zur Jahresgeneralversammlung zusammen. Kollege Einig erstattete den Geschäftsbericht. Das Baujahr 1932 sei auch für Gläbbed das trostloseste der ganzen Nachkriegsjahre gewesen. Für 1933 habe die Stadtverwaltung zwar ein Millionenprojekt aufgestellt, ob dieses aber hundertprozentig praktisch durchgeführt werden könne, stehe dahin. Kollege Einig rügte das Vorgehen der Stadtverwaltung, die während des verfloßenen Jahres eine ganze Reihe kaufmännischer Arbeiten auf dem Wege der Fürsorgepflichtarbeit ausführen ließ, ohne hierbei den tariflichen Stundenlohn zu zahlen. Man speiste die Maurer, Maler, Schreiner usw. mit dem Wohlfahrtsrichtsatz oder auch mit dem Tiefbauarbeiterlohn, der kaum den Fürsorgerichtsatz überschritt, zuzüglich einer stündlichen Geschäftszulage von sage und schreibe drei Reichspfennigen ab. Wir können es unmöglich dulden, daß von einer kommunalen Behörde das Tarifvertragsgebäude auf diese Art und Weise untergraben wird. Wir fordern das tarifliche Recht von der Stadtverwaltung, bzw. Vergebung zu Tarifpreisen an das selbständige Handwerk. — Nach einem Hinweis auf notwendigen guten Versammlungsbesuch und der Mitteilung einiger markanter Rechtschuttfälle aus dem Verwaltungsstellengebiet und aus der „Baugewerkschaft“ sprach der Redner allen Mitarbeitern warmsten Dank aus und bat um weiteres angestrebtes Wirken für unsere gute Sache. — In der recht lebhaften Aussprache kamen ernste Besorgnisse über den neuen Regierungskurs offen zum Ausdruck. Allgemein war die Ansicht vorherrschend, daß alle volksstaatbegehenden

## Für die Frauen

### Witterung und Gesundheit

Von Professor Dr. med. et phil. F. Köhler.

Daß der Mensch mit seinem körperlichen und geistigen Befinden empfindsam auf Witterungseinflüsse anspricht, ist eine Tatsache, die den meisten Menschen zum Bewußtsein kommt. Goethe hat sich damit schon in seinem „Veruch einer Witterungslehre“ (1825) beschäftigt. Nietzsche hat in bezug auf sich selbst darüber recht merkwürdige Mitteilungen hinterlassen. Während der Frühling mit seinem zunehmenden Licht und seinen lauen, von einschmeichelndem Duft durchzogenen Lüften in den meisten Menschen eine deutliche Erhöhung der Spannkraft und eine seelische Hoffnungsfröhlichkeit wahrhaft, leiden andere an einem Mattigkeitsgefühl und an Schwermütigkeit, die erst mit dem Steigwerden der Temperatur, mit dem Nahen des Sommers, sich lösen. So zeigt die Selbstmordstatistik zum Ausgang des Frühlings ihren Höhepunkt. Im Alltäglichen lösen Witterungsänderungen, insbesondere das Herannahen eines barometrischen Minimums, bei manchen Menschen Arbeitsunlust, Hinfrichtigkeit und nervöse Reizbarkeit aus. Der graue Himmel stimmt die Lebenslust herab, während der sonnige Himmel sich in der Herzensstimmung und in der rosigen Laune widerspiegelt. Rheumatiker tragen geradezu ein Barometer in sich, der sie den Witterungsumschlag voraussagen läßt. Manche nervenempfindliche Menschen spüren das Nahen eines Gewitters stundenlang vorher, so daß sie unruhig und arbeitsunfähig werden, was sicher mit Vorgängen elektrischer Natur zusammenhängt. Alte Narben werden bei feuchter Witterung häufig schmerzhaft, Hühneraugen machen sich vor Regenwetter besonders peinigend bemerkbar. Man spricht daher von „wetterfühligen“ Menschen. Wie eigenartig sich bestimmte Naturerscheinungen, Sturm, Gewitter, Erdbeben, in der Tierwelt auswirken, ist bekannt.

Die Lebenskraft der Bakterien in ihrer gefahrbringenden Auswirkung für den Menschen wird durch das Wetter gesteigert oder gehemmt. Alle Bakterien haben ein Temperaturoptimum, d. h. eine gewisse Temperaturbreite, in der sie sich am lebhaftesten vermehren. Tuberkelbazillen werden im Sonnenlicht in wenigen Minuten abgetötet. Darmbakterien erweisen sich im Sommer als besonders gefährlich, was sich durch die erhöhte Säuglings- und Kindersterblichkeit, an Brechdurchfall bemerkbar macht. Daß kaltes Wetter in den Übergangsmonaten, in den Spätherbsttagen und beim Scheiden des Winters, die Menschen besonders empfänglich für Erkältungen, insbesondere für Grippe, macht, ist bekannt. Diphtherie, Scharlach, spinale Kinderlähmung treten von September bis November in gehäuftem Maße auf. Choleraepidemien fallen vorzugsweise in den Sommer und pflegen beim Herannahen des Winters zu erlöschen; jedoch sind auch Winterepidemien nicht unbekannt.

Sehr deutlich ist der Einfluß der Witterung auf die Atmungsorgane. Für die Lungentzündung und für die Tuberkulose liegt ein Minimum der Todesfälle in der Zeit vom Juli bis Oktober. Es folgt dann eine regelmäßige, deutliche Steigerung bis zum April, der sich ein Abfallen bis zum Juli anschließt. Luftdruckveränderung macht sich für viele Menschen in der Atmung und in der Herzstätigkeit bemerkbar. Da bei einer Reise vom Flachland in das Hochgebirge ohne Zwischenaufenthalt der menschliche Körper einem jähen Luftdruckwechsel ausgesetzt wird, vertragen Herzschwache oder an leichter Erregbarkeit des Herzens Leidende häufig den Aufenthalt

im Bergland schlecht. Darauf ist bei beabsichtigten Hochgebirgskuren zu achten. Man sollte nicht Tuberkulose z. B. nach Davos oder Arosa schicken, ohne sich des ungesunden Zustandes ihres Herzens vergewissert zu haben. Die Erregbarkeit des Herzens verursacht in ungewohnter Aufenthaltshöhe leicht Schlaflosigkeit, Herzklappen-, Atembeschwerden und allgemeine Reizbarkeit.

Durch die im Sommer gesteigerte Bakterienmenge und die mit ihr einhergehende beschleunigte Nahrungsmittelverderbnis zeigen gewisse Krankheitsgruppen einen Anstieg der Häufigkeit und der Sterblichkeit im Hochsommer. Der Herbst gilt wegen seiner gleichmäßigsten Witterungslage in unseren Breiten allgemein als die günstigste Jahreszeit. Gleichmäßige Winterkälte gilt im allgemeinen für den Menschen als gesund. Andererseits pflegen die häufigen plötzlichen Umschläge des Wetters im Winter sich für den menschlichen Körper nachteilig auszuwirken. Dazu sind die meisten Menschen gerade im Winter, wenn die Natur nicht hinausläßt, besonders angepaßt oder in geistiger Arbeit an die Stube gefesselt, so daß hohe Anforderungen an die körperliche und geistige Widerstandskraft gestellt werden. Die Sterblichkeit an Altersschwäche ist im Winter erhöht, aber auch Nerven-, Herz-, Lungen-, Nierentränkheiten und der auf Temperaturschwankungen hin gesteigerte Rheumatismus machen sich in der kalten Jahreszeit unangenehm bemerkbar. Darin liegt auch der Grund, daß eine gesundheitsliche Ausspannung in Gestalt eines Kuraufenthalts in sonnenreicher, gleichmäßig kalter Schneelandschaft Geist und Körper nachdrücklich zu beleben pflegt, zumal, wenn die Möglichkeit zu fühlendem Wintersport den Stoffwechsel kräftig antregt. Organisch Gesunde pflegen sich in der Kälte alsbald recht wohl und leistungsfähig zu fühlen. Bei blutarmen Personen bedeutet freilich die Kälte oft einen zu starken Reiz, so daß selbst lebhafteste Körperbewegung der Wärmeentziehung gegenüber nicht den erforderlichen Ausgleich mitzubringen vermag. Die Steigerung des Appetits in der Winterzeit ist stets als ein willkommenes, günstiges Zeichen des Erfolges zu werten.

### Ledige Frauen

Die natürliche Berufserfüllung der Frau, sich als Hausfrau und Mutter auszuwirken, hat durch den Krieg und auch durch die Industrialisierung eine wesentliche Veränderung erfahren. Allmählich gleichen sich die Kriegsauswirkungen wieder aus. In den kriegsbeteiligten Ländern hat die Zahl der Frauen in den ersten Nachkriegsjahren die der Männer wesentlich überwogen. Dauererlusträger sind die Frauenjahrgänge, die damals zwischen 18 und 28 Jahre zählten. Nach neueren Feststellungen hat die Zahl der ledigen Frauen nur in Italien und Japan weiter zugenommen. Die Zahl der unverheirateten Frauen auf der ganzen Erde wird gegenwärtig mit 380 Millionen angegeben, von denen auf die Vereinigten Staaten Amerikas 14 Millionen, auf Deutschland 12 Millionen, auf Frankreich 8 Millionen und auf England 6 Millionen entfallen. — Die Struktur der Großstädte und Industriegebiete bringt es mit sich, daß in ihnen meistens ein unnatürliches Zahlenverhältnis der Geschlechter anzutreffen ist. In neuauflommenden Industriegebieten ist die Zahl der Frauen zu gering, in alten Industriegebieten öfter die der Männer. Berlin zählt auf 1000 Männer 1177 Frauen, London 1149, Wien 1169, Warschau 1185, Budapest 1192, Paris 1195; in Neuport treffen auf 1000 Männer 999 Frauen, in Chicago 972, in Rom 971, in Sofia 894, in Buenos Aires sogar nur 854.

Kräfte, vor allem die christlich-nationalen Arbeitnehmer, mit Entschiedenheit wirken müßten, um die Volksrechte zu wahren. — Bei der Vorstandswahl wurden folgende Kollegen für das Jahr 1933 gewählt: Kollé, Wolf, Einig, Karl Poch, Lipgens, Kraß und Heurich.

**Lingen-Ems.** Unsere am 18. Februar stattgefundene Generalversammlung war sehr gut besucht. Kollege Landzettel erstattete den Geschäfts- und Kassenbericht. Demselben war zu entnehmen, daß die hiesige Kollegenchaft im verfloßenen Jahre mit geringen Ausnahmen ohne Beschäftigung war. Erfreulicherweise hat das Verbandsleben darunter nicht gelitten. Die Mitgliederzahl ist noch gestiegen. Besonders erwähnt wurde noch die Werbetätigkeit des Kollegen Hüsten, der in diesem Jahre unserem Verband innerhalb eines Monats 22 neue Mitglieder zugeführt hat. Durch die Gewährung von Rechtschutz wurden im Tätigkeitsgebiet des Verbandsangehörten im verfloßenen Jahre rund 19.500 RM. für die Kollegen erstritten. Die Familienweihnachtsfeier des Verbandes mit Beiderung der Kinder hat ebenfalls mit dazu beigetragen, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kollegen zu heben. Der Kassenbericht zeugte von einer guten, äußerst sparösen Wirtschaft. Die Kassenverhältnisse sind nach wie vor gesund. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder.

**Mittelreidenbach.** Für den 18. Februar war bei uns für die Vertrauensleute aus der näheren und weiteren Umgebung unseres Kreuznacher Verwaltungsstellenbereichs ein Schulungsabend angesetzt. Kollege Jobst, Bad Kreuznach, sprach über das Programm der christlichen Arbeiterbewegung und die Wege, um es zu verwirklichen. Von der Durchführung des christlichen Arbeiter-Programms wird wesentliches zur Besserstellung unserer gesamten Verhältnisse abhängen. — Am Sonntag, den 19. Februar, fand eine Kundgebung statt. Sie war, trotzdem viele Kollegen weite Wege zurücklegen mußten, gut besucht. Unter dem Thema: „Bauarbeiter, herein in unsere Kampfeslinie!“ be sprach Kollege Jobst die gewerkschaftlichen Hemmungen und ihre Gegenstände, und kam zu dem Ergebnis, daß der letzte Berufsangehörige sich bei uns einziehen muß, wenn er seiner Gewissenpflicht als sozialer Mensch genügen will. Der Eintritt der letzter Arbeitsstehenden bewies, daß die Worte geündet hatten. Eine von unserer Ortsgruppe abends veranstaltete Familienfeier hatte gleichfalls sehr guten Besuch. Ein mit viel Liebe aufgeführtes Theaterstück fand dankbare Zustimmung. Auch hier nahm Kollege Jobst die Gelegenheit nochmals wahr, neben Worten des Dankes für die Teilnahme, die Gewissen für die gewerkschaftliche Arbeit zu schärfen.

**München.** Sei glänzendem Besuch und bester Gewerkschaftsmitteilung wurde am 18. Februar unsere Generalversammlung abgehalten. Aus dem umfangreichen Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit geleistet wurde. Der Wohnungsbau ist in München sehr stark zusammengedrumpft. Sind doch im Jahre 1932 nur insgesamt 173 Wohnungen neu erstellt worden gegenüber 366 im Jahre 1931. Erhöhte Arbeitslosigkeit der Mitglieder war die Folge der mangelnden Bauaktivität. Durch unseren Sacharbeitsnachweis konnte den Mitgliedern bestens gedient werden. Schwierigkeiten entstehen insbesondere bei Unterbringung von Bauhilfsarbeitern, weil alle möglichen Arbeitskräfte anderer Berufe glauben, im Baugewerbe unterkommen zu können. Wir werden bestrebt sein, daß die beruflich gebildeten Bauarbeiter nicht noch weiter von ihren Arbeitsplätzen verdrängt werden. Die zu erwartende Bauaktivität im Jahre 1933 ist wenig zuversichtlich. Bei Neuwahl der Vorstandswahl wurden einige Kollegen ergänzend in dieselbe gewählt. Besondere Beachtung soll dem Ausbau der Berufsgruppen geschenkt werden, weil dadurch eine Stärkung unserer Reihen am besten möglich ist. Unser Bezirksleiter Schilling berichtete noch über die stattgefundenen Lohn- und Mantelvertragverhandlungen. Mit Enttäufung wurden die Forderungen der Unternehmer, die eine neue Einschränkung des Bauarbeiter-einkommens mit sich bringen würden, abgelehnt. Die Münchener christlichen Bauarbeiter sehen nach wie vor in unserer Organisation die beste Interessenvertretung. Deshalb werden sie mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft für den Bestand und den Ausbau unseres Verbandes kämpfen.

**Nachh.** In unserer Versammlung am 19. Februar fand die Delegiertenwahl zum Verbandstag statt. Der Kollege A g e n e n d wurde einstimmig gewählt. Kollege H i m m e r i c h berichtete dann über den Stand der Lohnverhandlungen. Angefaßt der Abbanforderungen der Unternehmer kann gar nicht genug betont werden, daß nur eine starke Organisation in der Lage sei, das Schlimmste zu verhindern. Der gute Versammlungsbesuch zeigte, daß die Kollegenchaft von der Notwendigkeit einer schlagkräftigen Organisation durchdrungen ist. — Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen H i m m e r i c h j u n ., L h o m a und J e n k e r hinzugewählt. Mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, sich auch bei der bevorstehenden Wahl, von deren Ausgang das Wohl und Wehe der Arbeiterchaft mehr denn je abhängt, ihre Pflicht zu tun, wurde die Versammlung geschlossen.

**Obernährten.** Unsere Generalversammlung am 19. Februar war einem guten Besuch auf. Der Vorsitzende gedachte zunächst unserer verstorbenen Verbandsvorsitzenden, Kollegen W i e d e b e r g und unseres alten Kollegen Jakob K. H ö g, der im November v. J. gestorben ist. Der Kassenbericht war ein Spiegelbild des wirtschaftlichen Niederganges. Dem Kassierer wie dem gekreierten Vorstand wurde Entlastung erteilt. Durch Jura wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Eine rege Ansprache befragte sich nach der Beitragsfrage und den Kostensarbeiten bei Klärungsarbeiten. A. J. W.

**Ober-Nassau.** Die 21. Wiederkehr des Gründungstages unserer Ortsgruppe gab es die Veranlassung, unsere Versammlung am 19. Februar zu einer kleinen Feier auszugestalten. 130 Kollegen hatten sich eingefunden. An Stelle des leider verstorbenen Bezirksleiters, Kollegen Franz Lemminger, Dresden, hielt Kollege Franz Heißig,

Neustadt, einen Vortrag, in dem er die Zusammenhänge aufdeckte über die Vorgänge, die nach dem Sturz der Regierung Brüning nach und nach zur Reichsfanzlerchaft Hitlers geführt haben. Selbst wenn man annehmen wolle, daß Hitler selbst von den besten Absichten beseelt sei, so stimme die Teilung der Regierungsgewalt mit Papen und Hugenberg sehr bedenklich. Man müsse fürchten, daß für die Arbeiter aus diesem Bündnis nichts Gutes herauskomme. Ein Sprecher „Wir kommen“ gab der entschlossenen Stimmung der Versammelten Ausdruck, in Zeiten der politischen und sozialen Gefährdung der Arbeiterchaft sei es denn je zusammenzustehen. Ein gemühtliches Beisammensein, das gewürzt wurde durch humoristische Vorträge, schloß die Feier ab.

**Kirdorf.** In unserer Versammlung am 19. Februar konnte Kollege G e r b i g, Frankfurt a. M., unserem lieben Kollegen Philipp K a b, der seit 1916 das schwierige Amt des Ortsgruppenkassierers verwaltet, zu seinem 25jährigen Verbandsjubiläum namens der Verbandsinstanzen beglückwünschen und ihm Diplom und Silbernadel überreichen. Kollege Gerbig rief uns die Kämpfe der letzten 25 Jahre ins Gedächtnis zurück und forderte uns auf, so wie die alten Kämpfer und Jubilare für die Idee der christlichen Arbeiterbewegung und für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gekämpft haben, auch wir, ganz besonders die Jugend, unseren Mann stellen müssen. Kollege S a u m b a c h sprach die Glückwünsche der Ortsgruppe aus. Kollege K a b dankte sichlich bewegt, und versprach, treu wie bisher, der Bewegung seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. Anschließend berichtete G e r b i g über das Ergebnis der Lohnverhandlungen. Im Anschluß daran zeigte er uns in Lichtbildern den Bau des Hamburger Elbtunnels und alte Kloster- und Kirchenbauten Deutschlands. M.

**Kolterode (Eichsfeld).** Unsere Generalversammlung am 19. Februar wies guten Besuch auf. Der Kassierer, Kollege G r i e s, erstattete den Kassenbericht, welcher volle Anerkennung fand. Hierauf erfolgte die Delegiertenwahl zum kommenden Verbandstag. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt, ein Zeichen des vollen Vertrauens. Es blieb 1. Vorsitzender Kollege S c h w e i ß h e l m, Kassierer Kollege G r i e s. Dann erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, trotz der vielen und schweren Stürme, welche uns umtoben, aus welcher Richtung sie auch kommen mögen, treu an der Fahne unseres christlichen Bauarbeiterverbandes festzuhalten. R. Sch.

**Reihe (Oberhessen).** In unserer gutbesuchten Generalversammlung am 19. Februar gab Kollege H e i ß i g, Neustadt, einen gemeinschaftlichen Ueberblick über das hinter uns liegende Jahr und forderte zur Einigkeit und weiteren Mitarbeit auf. In einem weiteren Vortrag schilderte er den Kampf im Wirtschaftsleben und in der allgemeinen Staatspolitik, wie er sich seit dem Sommer des Vorjahres abspielt. Auch der Freiwillige Arbeitsdienst und seine Auswirkungen fanden Erwähnung. Der Unternehmerverstoß eines weiteren Lohnabbaues von 20 Prozent rief stärkste Entrüstung hervor. Eine Entschlieung verwarf sie dagegen. Der Kassenbericht fand Anerkennung. Der Vorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung einstimmig wiedergewählt. Nach einer ausführlichen Debatte wurden die Anträge zum Verbandstag genehmigt. Die Stunden der Generalversammlung kräftigten in uns erneut den Willen. Nie und nimmer lassen wir unsere gewerkschaftliche Interessenvertretung verkümmern.

**Haren (Ems).** Am 19. Februar hielt die Verwaltungsstelle ihre 28. Generalversammlung ab. Die Kollegen von Haren und Althaven waren fast vollständig zu der Versammlung erschienen. Es galt in dieser Versammlung Stellung zu nehmen zu den kommenden Wahlen, besonders in Kreis und Gemeinde. Nach Erledigung dieser Angelegenheit gab der Kassierer B e r n h. B o r g h o r f t einen bis ins kleinste ausgearbeiteten Kassenbericht. Danach ist im Stand der Lokalkasse leider im Berichtsjahre ein kleiner Rückgang zu verzeichnen. Der Kassierer erwähnte aber, alles daran zu setzen, den Stand der Lokalkasse auf seiner jetzigen Höhe zu halten. Was für andere Vereine und Verbände die Fahne ist, das ist für die Verwaltungsstelle der Bauarbeiter die Lokalkasse. In dieser Notzeit schart sich alles mehr denn je um die Verbandseinrichtungen. Wenn keine Kasse mehr da ist, hat die Gruppe keinen Halt mehr. Es folgte dann der eingehende Bericht des Kollegen Landzettel, Lingen, über die Tätigkeit des Sekretariats. Aus dem Bericht entnehmen wir, daß die Gewerkschaftsarbeit gerade in der augenblicklichen Notzeit recht vielseitig und für die Mitglieder gegenständig ist. Es zeigte sich, daß beide Kassen, trotz der schweren wirtschaftlichen Lage der Bauarbeiter, eine gesunde Grundlage haben. Diese Grundlage bildet die Opferbereitschaft der organisierten Bauarbeiter des Emslandes. Ein gutes Zeichen und ein Garant dafür, daß wir gewiß sind, unsere Organisation auch über die Zeit der Krise hinweg zu retten. In der Vorstandswahl wurde mit einer kleinen Veränderung der alte Vorstand wiedergewählt. Der Kassierer B. Borgdorf, der 13 Jahre lang in vorbildlicher Weise die Kasse und damit die ganze Sache geführt hat, legte seinen Posten nieder. Wir alle danken an dieser Stelle noch einmal dem Koll. Borgdorf, der, trotzdem der Reizel in seinem Beruf ihn schon vor Jahren von uns trennte, die Treue hielt. Wenn wir alle, wie er es tat, mitarbeiten innerhalb unserer Organisation, dann können wir alle unsere Aufgaben und Ziele, und mögen sie noch so schwer und weit sein, durch unsere gemeinsame Arbeit erreichen, und brauchen nicht zu Preis- und Rechtsradikalen unsere Zuflucht nehmen. R. R.

**Wetzlar.** In unserer Generalversammlung am 20. Februar waren die Kollegen zahlreich erschienen. Der Kassenbericht des Kollegen H e i ß i g fand Zustimmung. Die Arbeitslosigkeit war auch bei uns stark. Trotzdem war es möglich, mehrere Kollegen dem Verband zuzuführen. Die alte Vorstandswahl wurde wiedergewählt. Das Abonnement des „Deutschen“ wurde besonders empfohlen. A. Sch.

**Kassel.** In unserer Generalversammlung am 22. Februar gab der Vorsitzende den Jahresbericht, der naturgemäß nicht viel Erfreuliches bringen konnte. Er behandelte im besonderen die wiederholten Lohnbewegungen, wobei die Unternehmer rücksichtslos die Wirtschaftslage ausgenutzt haben. Hervorgehoben wurde, daß durch die Neugestaltung der Löhne im vorigen Jahre und auf Grund der erzielten Allgemeinverbindlichkeit vom Verband untertarifliche Entlohnungen unterbunden und Nachzahlungen erzielt wurden. Die Herbstnotverordnungen, die die Unkurbelung der Wirtschaft bezwecken sollten, haben diese zwar nicht erzielt, wohl aber eine erneute rechtliche Unsicherheit herbeigeführt. Bei den Wahlhandlungen wurde Kollege R e d e r e r Vorsitzender, Kollege G e r l a c h Kassierer und Kollege S t r ü b e r Schriftführer. Anschließend gab Kollege T r a b e r t auch noch einen Bericht über die Lohnverhandlungen dieses Jahres. Wir sehen in dem Ergebnis sowohl eine Auswirkung der schlechten Wirtschaftslage wie auch der staatspolitischen Verhältnisse. Das Schlußwort des Vorsitzenden, daß die Stärkung unseres Verbandes die vornehmste Pflicht eines jeden Kollegen ist, wenn es unseren Familien gut gehen soll, fand volle Zustimmung. R.

**Sterbetafel**

Am 16. Februar starb nach kurzer, aber schwerer Krankheit unser Kollege Theodor Sonnenbart. Seit 1906 war er Mitglied unseres Verbandes und während der 27 Jahre immer im Vorstande tätig. Mit ihm haben wir einen Kämpfer für unsere Ideale verloren, der in uneigennützigster Weise immer zur Stelle war, wenn es galt, für unsere Interessen einzustehen. Der Verstorbene war auch zugleich Vorsitzender des katholischen Arbeitervereins und Gemeindevertreter. Ortsgruppe Wüderich (Verwaltungsstelle Mörs).

Am 25. Februar starb unser treuer Kollege, der Maurer Friedrich Wieland, im Alter von 63 Jahren an einem Asthma-Leiden. Er war 22 Jahre Mitglied und Mitbegründer unserer Ortsgruppe. Ortsgruppe Brühl (Verwaltungsstelle Köln).

Plötzlich und unerwartet starb am 26. Februar unser langjähriges Mitglied, der Kollege Karl Schwarz an Herzschwäche. Verwaltungsstelle Berlin.

Am 27. Februar starb unser Vorsitzender, Kollege Josef Wax, Maurer, im Alter von 38 Jahren. Trotz eines jahrelangen Leidens hat er immer unsere Interessen pünktlich und mit Eifer vertreten. Wir wollen uns an seiner unermüdeten Arbeit, seinem aufrichtigen und bescheidenen Wesen für unsere Zukunftarbeit ein Beispiel nehmen. Verwaltungsstelle Reihe D.-S.

Ehre ihrem Andenken!

**Kollegen! Berücksichtigt bei Bedarf die Inserenten d. „Baugewerkschaft“**

**Möbel-Kamerling**  
N. Kastanienallee 56, Ecke Fehrbellinerstr.  
Speise-, Schlaf-, Herrenzimm., Küchen-, Zurrückgenom. Zim. u. Pr. Polier-, Beiz. u. Polstermöb.-Werkst. Kassa u. Teilzahlung.

**Bautechnischer Unterricht**  
ohne Berufsstörung und ohne Vorkenntnisse durch Lehrbriefe  
Kursus 1: Ausbildung zum Polier, Techniker und Bauführer, Vorbereitung auf die Meisterprüfung.  
Kursus 2: Die Preisermittlung im Maurerhandwerk, Kalkulation von Preisen. Auskunft und Prospekt kostenlos durch Otto Mews, Architekt, Siegen (Westf.), Rosterstraße 32. — Bedeutend herabgesetzte Preise!

**1000-e Strümpfe**



1. Damenstrümpfe echt ägypt. Maco mit Doppelsohle und Hochferse grau und mode Schuhgröße angeben M. -45	4. Damenstrümpfe feinste künstl. Waschseide m. Maco platt Dauerstrumpf Sohle und Ferse dreifach, Schuhgröße angeben M. -95
2. Damenstrümpfe feinste künstl. Waschseide. Florsohle engm., klar. Gewebe Schuhgröße angeben M. -95	5. Herren-Schweiß-Socken starkfädig, leicht wahlhaltig, grau Schuhgröße angeben M. -35
3. Herren-Fantasie-Socken kräftige Baumwolle m. Doppelsohle, neueste Muster, Schuhgröße angeben M. -65	6. Herren-Strick-Socken rei. Wol e, strapazierfähige Qual., grau und kamelfaarbig, Schuhgröße angeben M. -75

Zusendung gegen Nachnahme Umtausch gestattet. Verlangen Sie Spezial-Katalog

**Hermanns & Froitzheim**  
Frankfurt a. Main 35

**Berufskleidung für**  
Bauhandwerker u. sonstige Industriezweige. Werkzeuge, Teakholz-Wasserwaagen. Preisl. mit Kalend., 224 Seiten stark, gratis Mechanische Kleiderfabrik



**Versandhaus Fritz Ulrich**  
Anton-Eibe 10 Gustavstr. 56-60